Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 45 (1965-1966)
Heft: 6

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

KRISENHERDE IM SÜDOSTEN

Sowohl in Europa wie in Asien sind durch den Konflikt des griechischen Königs mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten *Papandreou* und durch das Ausscheiden *Singapores* aus der Föderation Malaysia neue politische Krisenherde entstanden. An beiden Orten drohen die Unruhen über ihre Ursprünge hinauszuwachsen. Die Aufsplitterung Malaysias bleibt nicht ohne Rückwirkungen auf *Vietnam* wie auf die Verteidigungsposition des Westens in Südostasien überhaupt, und durch die griechische Krise wird das noch keineswegs befriedete Cypern wie auch die Stellung der atlantischen Allianz im östlichen Mittelmeer betroffen.

Konstantin contra Papandreou

Der Konflikt zwischen König und Regierungschef in Griechenland begann am 15. Juli, als *Konstantin* die ihm von Papandreou mündlich vorgetragene Demission akzeptierte und kurz darauf ein neues Kabinett unter Führung des der Partei Papandreous angehörenden Parlamentspräsidenten *Athanassiades-Novas* bildete. Papandreou, dessen Rücktrittsangebot mit zum politischen Spiel gehörte und kaum ernst, sondern als Druckmittel in der Auseinandersetzung mit widerspenstigen Ministern gedacht war, sah sich überspielt und vom Zentrum der Macht ausgeschaltet. Obwohl das Vorgehen des Königs sich in streng *legalen Formen* gehalten hatte, zögerte Papandreou keinen Augenblick, den Straßenpöbel gegen die neue Regierung zu mobilisieren. Es kam zu lärmenden Kundgebungen, die zahlreiche Verletzte und sogar ein Todesopfer forderten. Die politischen Leidenschaften gingen hoch, und Papandreou mochte hoffen, daß der *Druck der Straße* erfolgreich sein und er auf den Wogen der aufgeputschten Massen rasch wieder ins Amt getragen würde.

Die Rechnung des abgesetzten Ministerpräsidenten ging jedoch zunächst nicht auf. Trotz Zweifeln an einer parlamentarischen Basis erwies sich die Regierung Athanassiades-Novas als recht standfest. Innerhalb der von Papandreou geführten Zentrumsunion kam es zu einem *Abbröckelungsprozeß*. Er setzte sich aber nicht so weit fort, daß die Mehrheit der Partei von ihrem Chef abrückte. In der nach einer hitzigen Debatte am 4. August im Parlament durchgeführten *Abstimmung* gelang es Athanassiades-Novas zwar nicht, eine Mehrheit zu erlangen, aber auch für Papandreou war dieser Erfolg nicht mehr als ein *Pyrrhussieg*. Die parlamentarische Ausssprache hatte die Fragwürdigkeit der politischen Taktik Papandreous so klar hervortreten lassen, daß sich ihm der Rückweg zur Macht verschloß. Weitere Abgeordnete der Zentrumsunion verließen Papandreou. Nach einem mißglückten Versuch mit *Stephanopoulos* gelang es schließlich, unter *Tsirimokos* eine neue Regierung zu bilden. Ob dieses ebenfalls von einem Politiker der Zentrumsunion geleitete Kabinett die Krise endgültig zu meistern vermag, muß freilich der Zukunft überlassen bleiben.

Papandreous gefährliches Spiel

Der gestürzte und von seiner eigenen Partei mehr und mehr im Stich gelassene Führer der Zentrumsunion jedenfalls dürfte nichts unversucht lassen, Tsirimokos durch eine neue *Mobilisierung der Massen* in Athen und anderen Städten Schwierigkeiten zu bereiten. Wie weit Papandreou zu gehen bereit ist, hat er in der Vergangenheit zur Genüge gezeigt. Er hat sich niemals gescheut, ohne selbst Kommunist zu sein, die *Kommunisten* als Faktoren in sein Spiel einzusetzen. Wie gefährlich das gerade in Griechenland ist, das vor nicht allzu langer Zeit sich der kommunistischen Bedrohung in einem blutigen *Bürgerkrieg* zu erwehren hatte, braucht wohl keines besonderen Hinweises. Papandreou aber wiegt sich offensichtlich in der Illusion, er könnte die Kommunisten als Mittel für seine eigenen Zwecke benützen und sie später wieder loswerden. Er hat in der Zeit

seiner Ministerpräsidentschaft eine linksextremistische, gegen das Königshaus gerichtete *Offiziersverschwörung* geduldet, er arbeitet mit der kommunistischen EDA zusammen und er läßt keinen Zweifel an seiner Bereitschaft, auch an der Spitze einer Regierung zu stehen, die im Parlament zur Mehrheitsbildung auf die Stimmen der Kommunisten angewiesen wäre und damit automatisch zu deren Gefangenen würde.

Regierung und König haben gegenüber den demagogischen Praktiken Papandreous keinen leichten Stand. Angesichts seines schwindenden parlamentarischen Anhanges scheint er sich offensichtlich darauf zu versteifen, *Neuwahlen* zu erzwingen, aus denen er als ein durch ein Plebiszit bestätigter Volkstribun hervorzugehen hofft. Der König wird sich darauf nicht einlassen können, ohne die Grundlagen der Monarchie zu gefährden. Neuwahlen in einem politisch so erregten Klima durchzuführen, wie es gegenwärtig in Griechenland herrscht, würde wohl von vornherein ein Erfolg für die Extremisten bedeuten. Damit aber käme Griechenland, das zusammen mit der Türkei die Südostflanke der NATO bildet, in Gefahr, erneut in den kommunistischen Sog zu geraten wie in den Jahren zwischen 1944 und 1947. Ein politisch stabiles Griechenland ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Sicherheit im östlichen Mittelmeer. Das zeigt sich auch im Hinblick auf Cypern, wo Präsident *Makarios* die griechische Krise ausnützte, um durch die Kassation der Parlamentsmandate der türkischen Minderheit seine Herrschaft zu festigen.

Singapore löst sich von Malaysia

Wohl noch problematischer als die Unruhe in Griechenland ist für die Verteidigung der freien Welt das Ausscheiden Singapores aus der Föderation Malaysia. Vor knapp zwei Jahren war dieser neue Bundesstaat in Südostasien geschaffen worden, um rings um die Festung Singapore eine starke *Barriere* zu schaffen. Malaysia war der Gürtel, der das kommunistisch infiltrierte Südostasien von dem kommunistisch beeinflußten Indonesien trennen sollte. Von Anfang an war die Föderation von *Indonesien* aus schwer attackiert worden. Indonesische Guerillas waren auf der Halbinsel Malakka gelandet oder auf unwegsamen Dschungelpfaden nach Nordborneo geschleust worden, wo sie zwar keine ernste militärische Gefahr, aber doch eine Belästigung für den neuen Staat bedeuteten.

Der Anstoß zum Zerfall Malaysias kam jedoch nicht von außen, sondern von innen. Die Föderation war nicht nur territorial aufgesplittert, sondern auch bevölkerungsmäßig stark gemischt. Zwischen *Chinesen* und *Malaien* herrschte eine starke Spannung, die vor allem in dem zum überwiegenden Teil von Chinesen bewohnten Singapore zur Entladung drängte. Letztes Jahr kam es bereits zu blutigen Zwischenfällen. Die Differenzen ließen sich nicht bereinigen, so daß am 7. August der Premierminister von Singapore, der Chinese *Lee Kuan Yew*, und der Regierungschef der Föderation, der Malaie *Abdul Rahman*, beides überzeugte Befürworter des Zusammenlebens ihrer beiden Völker in einem gemeinsamen Staatenverband, sich darauf einigten, Singapore aus der Föderation Malaysia zu entlassen. Es war ein *präventiver Akt*, der neuen Konflikten vorbeugen sollte, von beiden Seiten nur unter dem Druck der Verhältnisse und contre cœur abgeschlossen. Resigniert erklärte Tunku Abdul Rahman, der Traum eines malaiisch-chinesischen Bundesstaates sei ausgeträumt, und Lee Kuan Yew gab den Beschluß über die Trennung der Öffentlichkeit unter Tränen bekannt.

Der von der Vernunft diktierte Entscheid der beiden Politiker war im Hinblick auf die latenten Rassengegensätze und die Bedrohung der Föderation von außen wohl der letzte Ausweg, um noch Schlimmerem vorzubeugen. Es wurde vereinbart, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem verkleinerten Malaysia und dem auf sein Hinterland angewiesenen Singapore weitergeführt werden soll. Vor allem aber wurde festgelegt, daß sich an der *Verteidigungsdisposition*, für die letzten Endes Großbritannien die Hauptlast trägt, nichts ändern werde. Das alles klingt zuversichtlich, und auch die Labourregierung in London hat

sich beeilt, optimistische Kommentare abzugeben. Doch selbst die beruhigendsten Versicherungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Loslösung Singapores von der Föderation Malaysia für die Position des Westens in Südostasien einen *schweren Schlag* bedeutet. Das Zutrauen in Malaysia als Faktor der Stabilität ist ins Wanken geraten, und es erhebt sich die Frage, ob der Zerfall der Föderation weiter fortschreiten und auch die von Malakka durch das Südchinesiche Meer getrennte und am Nordrand Borneos dem unmittelbaren Zugriff Sukarnos ausgesetzten Territorien von *Sarawak* und *Sabah* dem Beispiel Singapores folgen würden. Indonesien hat bereits triumphierend das Ende Malaysias als vollendete Tatsache verkündet. Sollte es tatsächlich so weit kommen, so wären die Konsequenzen unabsehbar.

Vor einer Wendung in Vietnam?

Die zusätzliche Unsicherheit, die durch das Ausscheiden Singapores aus der Föderation Malaysia in Südostasien entstanden ist, bleibt selbstverständlich nicht ohne Rückwirkungen auf das Geschehen in Vietnam. Hier haben die Amerikaner ihre am 7. Februar eingeleiteten Luftangriffe gegen Militärbasen und Versorgungslager und andere wichtige militärische Objekte wie Raketenrampen mit Folgerichtigkeit weiter geführt. Nordvietnam hat mit verstärkter Unterstützung der Vietcongrebellen geantwortet. Der Guerillakrieg hat darauf immer größeren Umfang angenommen und ist zunehmend härter und erbarmungsloser geworden. Die USA ihrerseits haben ihre Präsenz in Südvietnam durch die Entsendung weiterer Truppen verstärkt.

Obwohl die Schraube dieser «Escalation» sich immer weiter dreht und ein Ende nicht abzusehen ist, scheinen sich doch die ersten Erfolge für die Amerikaner abzuzeichnen. Nach glaubwürdigen Stimmen aus Hanoi hat die Zermürbungstaktik der amerikanischen Bombardierungen ein allmähliches Schwinden des Kampfgeistes in Nordvietnam zur Folge. Offensichtlich bewegt sich Nordvietnam am Rande der Erschöpfung.

Selbstverständlich sind alle in dieser Richtung deutenden Anzeichen mit Vorsicht zu interpretieren. Anderseits ist es nur schwer vorstellbar, daß die konsequente Weiterführung der amerikanischen Bombardierungen in Nordvietnam ohne Rückwirkungen geblieben sein soll. Nordvietnam ist in diesem Kampf zudem immer stärker auf sich selbst gestellt, nachdem die Sowjetunion trotz mehrfacher bombastischer Ankündigungen Ministerpräsident *Kossygins* nach intensiverer Unterstützung außer den inzwischen von den Amerikanern angegriffenen Raketenbasen nur wenig getan hat, ihre Versprechungen gegenüber Nordvietnam einzulösen. Und selbst China, dessen Hilfe sich für Ho Chi Minh möglicherweise als zweischneidiges Schwert entpuppen könnte, scheint mit seinen eigenen Problemen vollauf beschäftigt zu sein und zeigt wenig Lust nach einem stärkeren Engagement in Vietnam.

Zwar deutet noch nichts darauf hin, daß sich in absehbarer Zukunft die Umrisse einer friedlichen Lösung des Vietnamkonfliktes abzuzeichnen beginnen. Washington ist jedoch nach wie vor bereit, unter den von Präsident Johnson mehrfach genannten Bedingungen an den *Verhandlungstisch* zu kommen. Inzwischen suchen die USA in dem befreundeten Südvietnam eine Stabilisierung der politischen Lage herbeizuführen. Der neue Botschafter *Henry Cabot Lodge*, der wieder an seinen früheren Posten in Saigon zurückgekehrt ist, hat diesmal ein «politisches Aktionsteam» mitgenommen, an dessen Spitze General *Edward Lansdale* steht, der für seine unkonventionellen Ansichten über die Vietnamkrise bekannt ist. Unter der Leitung Lansdales soll versucht werden, die wichtigste Voraussetzung zu schaffen, die in Südvietnam für die Erreichung des Friedens notwendig ist: die Beendigung der innenpolitischen Unstabilität, die das Land seit dem Sturze Ngo Dinh Diems in eine Krise nach der andern gestürzt hat. Erst wenn Südvietnam diesem *circulus vitiosus* entronnen ist, kann auf eine endgültige Befriedung ganz Vietnams gehofft werden.

Fabius

Im Russischen Reich hat die Innenpolitik von jeher in einem größeren Ausmaß als anderswo den Vorrang vor der Außenpolitik gehabt, die, wie bei den Bolschewisten, vielfach nur die Fortsetzung oder Stütze der Innenpolitik ist[1]. Deshalb ähneln sich im alten wie im neuen Rußland innen- und außenpolitische Ziele und Methoden. Ein Kennzeichen ist das tiefe Mißtrauen der Herrschenden gegenüber dem Ausland wie auch gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Die Antwort, die Iwan IV. dem holländischen Gesandten gab, der auf die Grausamkeiten des Zaren anspielte, ist bezeichnend: «Wenn ich meine Untertanen nicht hängte, würden sie mich hängen[2].» Dieser Zar ging so weit, daß er die Hinrichtung verschiedener Personen verfügte, von denen er annahm, daß sie emigrieren wollten[3]. Für ihn war die Emigration eines Untertans gleichbedeutend mit einer Kampfansage oder gar Verschwörung gegen das Regime. Argwohn war es, der seinen Nachfolger, Boris Godunow, zwang, sechs ausländische Leibärzte an seinem Hof zu halten, oder Zar Alexei Michailowitsch, «an jeder Ecke seine Spione» aufzustellen, so daß «nichts gesagt oder getan werden konnte, das er nicht erfuhr[4]». So ging es fort durch die Jahrhunderte. Sowjetische Maßnahmen nahm Nikolai I. vorweg, als er 1848 allen russischen Untertanen im Ausland die Rückkehr befahl und zunächst Franzosen, dann Ausländern überhaupt die Einreise nach Rußland sperrte. Furcht vor der Revolution und Mißtrauen gegenüber ihren potentiellen Anhängern erklären diese Schritte des Zaren, der sich nicht scheute, außenpolitische Fehlmaßnahmen zu treffen, wenn sie ihm in der Innenpolitik zugute kamen. Wie die Zaren selbst unter Mißtrauen und Angst litten und wie diese auf ihre Politik einwirkten, zeigt das eindrucksvolle Bild Alexanders II., das Fürst Krapotkin in seinen Erinnerungen zeichnet[5].

Bei den Bolschewisten sitzt der Argwohn noch tiefer. Chruschtschew sagte in seiner berühmten Geheimrede vor den Delegierten des 20. Parteikongresses, daß Stalin krankhaft mißtrauisch gewesen sei. Er dürfte recht gehabt haben. Jagoda, der Chef der Tscheka, stahl die Archive der verantwortlichen Staatsmänner, ferner Privatbriefe Lenins aus dem Besitz seiner Witwe, Frau Krupskaja, und fing die Korrespondenz Rykows und Bucharins auf, um Stalin alles zu überbringen[6]. Die vielen furchtbaren «Säuberungen» der Stalin-Ära sind der sichtbare Ausdruck des Argwohns der Obrigkeit gegenüber den Untertanen, ja des allgemeinen Mißtrauens aller gegen alle. Denn die Bolschewisten haben das durch die Tatarenherrschaft entstandene und durch spätere Ereignisse vertiefte Mißtrauen des russischen Volkes weiter verschärft, so daß ein wirklicher Rußlandkenner mit Recht behauptet hat: «Der Sowjetmensch ist, durch böse Erfahrungen gewitzigt, unvergleichlich reservierter, als es der Vorkriegsrusse war[7].» Das Mißtrauen des Volkes wird heute weitgehend durch die Politik seiner Herrscher bestimmt, die diesen Argwohn von ihren Vätern geerbt haben. Es ist ein Circulus vitiosus, der ein großes und begabtes Volk im Bann hält!

Die Gründe des sowjetischen Mißtrauens liegen nicht nur im Wesen des Russen, hier spielen noch andere Dinge mit. Zu ihnen gehören die Erfahrungen der Sowjets, die sie mit anderen Ländern gemacht haben. Nachdem die Bolschewisten 1917 an die Macht gelangt waren, standen ihnen bald nach Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk mit den Mittelmächten die ehemaligen Verbündeten Rußlands, wie England, Frankreich und Japan, als Feinde gegenüber, die im Bürgerkrieg die russischen Antikommunisten unterstützten und teilweise russisches Territorium besetzten. Auch in der Folgezeit, als sich die Verhältnisse stabilisiert hatten, blieb die Gefahr einer ausländischen Intervention ein ständiger Alpdruck, der auf dem Außenkommissariat in Moskau lastete[8].

Einen gewaltigen Schock versetzte Hitler den roten Herrschern, als er, trotz Nichtangriffspakt und ohne Kriegserklärung, am 22. Juni 1941 die UdSSR angriff und damit den zweifelhaften Wert der mit dem Westen abgeschlossenen Verträge für die Sowjetunion bewies. Noch schlimmer als der Überfall

selbst wirkte sich die unmenschliche Behandlung der Russen, der «Untermenschen», seitens der Deutschen während des Krieges aus. Das alte Mißtrauen gegen den Westen erhielt neue Nahrung und brachte das Volk dem Kreml näher.

Daß die Bolschewisten eine Reihe feierlich unterzeichneter Verträge und Abmachungen gebrochen haben, steht auf einem andern Blatt. Von den mit Estland abgeschlossenen Pakten zum Beispiel hat Moskau fast alle gebrochen, angefangen mit dem ersten, dem Friedensvertrag vom 2. Februar 1920, und endigend mit dem letzten, dem gegenseitigen Beistandspakt vom 28. September 1939. Das russische Volk weiß von diesen Dingen wenig, denn Presse, Rundfunk und Fernsehen sind staatlich kontrolliert und stellen sich blind, die Staatsführung aber interpretiert alle Abkommen mit machiavellistischer Geschicklichkeit so, wie es die augenblickliche Situation verlangt. Hier gilt der oberste Grundsatz der Bolschewisten: Alles ist recht, was der kommunistischen Weltherrschaft nützt.

Der Westen hat durch den Mund seiner Politiker und Journalisten zu wiederholten Malen seine Antipathie gegenüber den Bolschewisten öffentlich und unmißverständlich betont. Das hat den Argwohn des Kremls und des durch ihn in solchen Fällen immer genauestens informierten russischen Volkes nicht einschlafen lassen. Daniel Varè, der bekannte italienische Diplomat, schreibt zum Beispiel: Bevor der Zweite Weltkrieg «zum Ausbruch kam, waren bereits einige Leute der Ansicht, das beste wäre ein Krieg zwischen Deutschland und Rußland: ein Krieg, bei dem die anderen Mächte zuschauen könnten. Diese Ansicht soll auch der amerikanische Botschafter William Bullitt geäußert haben[9]». Von Harry Truman hören wir, daß er 1941 den Gedanken äußerte, man solle die Deutschen und Russen sich gegenseitig umbringen lassen[10]. Ein britischer Parlamentarier schrieb: «Es wäre sehr viel klüger gewesen, wenn Großbritannien und die USA neutral geblieben wären und damit den beiden großen totalitären Staaten erlaubt hätten, sich bis zur völligen Ohnmacht zu bekämpfen. Damit wäre für die Zeit nach dem Krieg den westlichen Demokratien die Herrschaft über die Erde überlassen worden[11].»

Es dürfte also für die Staatsmänner im Westen kein Rätsel mehr sein, weshalb die UdSSR bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Westmächte beschuldigt, mit Hitlers Hilfe die Vernichtung der Sowjetunion angestrebt zu haben. Es ist auch kein Geheimnis, daß Churchill gleich nach Kriegsende wünschte, daß die kapitulierenden deutschen Heere nicht entwaffnet würden, damit man sie gegebenenfalls gegen die UdSSR einsetzen könnte[12].

Um sich militärisch (aber auch ideologisch) gegen den Westen zu schützen, zugleich ein Sprungbrett für alle Eventualitäten bereitzuhalten, richteten die Sowjets während und nach dem Zweiten Weltkrieg einen Kordon zwischen sich und der freien Welt in Europa auf. Genau genommen übernahmen sie den Cordon sanitaire der Zwischenkriegszeit, um ihn mit ihrem Geist und ihren Menschen zu füllen, und erweiterten ihn noch. Diesen Schutzwall hatte die freie Welt seinerzeit als Sicherung gegen das weitere Vordringen des Kommunismus aufbauen helfen, und er erfüllte seine Aufgabe vollauf — bis der Westen selbst ihn durchbrach.

Natürlich haben die Satelliten noch andere Aufgaben zu erfüllen, und im Zeitalter der nuklearen Waffen ist ihre militärische Bedeutung zweifellos geringer geworden. Die für die heutige Welt bezeichnende Tatsache bleibt jedoch bestehen, daß die UdSSR mit Hilfe des Westens die europäischen Zwischenstaaten entweder überhaupt liquidiert (Estland, Lettland, Litauen) oder völlig nach ihrem Geschmack umorganisiert hat. Es ist höchst aufschlußreich, daß die Sowjetunion in dieser Beziehung getreulich auf zaristischen Spuren wandelt. Laut Nikolai I. «sollte die europäische Mitte so fest als möglich zur Barriere gegen eine neue Verseuchung Rußlands durch westliche Freiheits- und Umsturzgedanken zusammengeschlossen werden[13]». 1915 schrieb der slawophile Publizist Menschikow in der «Nowoje Wremja», dem Blatt des Zarenhauses: «Es ist für Rußland vorteilhaft, sich mit Pufferstaaten zu umgeben... Wenn es gelänge, aus Deutschland

und Österreich eine Art von Balkanstaaten zu machen, könnten wir an unserer Westgrenze getrost schlummern[14].» Der Schlummer ist ausgeblieben, und, statt dem Westen für die erwiesene Hilfe dankbar zu sein, ist nun der Osten der aggressivere Teil geworden.

Das sowjetische Mißtrauen beruht außerdem auf der Erscheinung, daß die Machthaber im Kreml ihren wirklichen und vermeintlichen Gegnern ihre eigenen Motive und Methoden unterstellen und annehmen, die anderen würden wie sie selbst handeln.

Hierher gehört in erster Linie das Konzept der Weltrevolution. Der Wunsch, sie durchzuführen, und der Glaube an ihr unvermeidliches Kommen beherrschten nicht nur die Gedanken Chruschtschews, sondern auch seine Schritte[15]. Die UdSSR tut innen- und außenpolitisch alles in ihrer Macht Stehende, um den Prozeß der Bolschewisierung der Welt zu ermöglichen und zu beschleunigen. Nur das Mittel eines Krieges will der Kreml, wenigstens zur Zeit, vermeiden, während sein schärfster Konkurrent um die zukünftige «kommunistische Weltherrschaft», China, den Krieg befürwortet.

Die Bolschewisten glauben so fest an ihre Weltrevolution, daß es ihnen undenkbar scheint, die freie Welt wolle sich nicht durch einen Präventivkrieg verteidigen. Gegen einen Todfeind setzt man sich zur Wehr, und die Bolschewisten haben unzählige Male in Wort und Schrift erklärt, daß sie ihren Todfeind im «kapitalistischen Westen» sehen. Im übrigen treibt sie die Partei-, nicht die Staatsräson voran, und sie sind überzeugt, daß auch in der freien Welt Partei- und Gruppeninteressen vorherrschen und die Belange der Völker zurücktreten. In normalen Zeiten ist es leider oft so, nicht aber — und das scheint man im Kreml nicht sehen zu wollen, weil es mit den dort herrschenden theoretischen Ansichten nicht übereinstimmt — in Stunden der Gefahr.

Dieses Mißtrauen des schlechten Gewissens zieht eine Kette unliebsamer Tatsachen nach sich, zu denen an erster Stelle Spionageaffären gehören[16]. Es erübrigt sich, auf sie einzugehen; die Weltpresse befaßt sich notgedrungen oft genug damit. Der letzte aufsehenerregende Fall ist der 1963 aufgedeckte Verrat des schwedischen Obersten Wennerström, der deshalb bemerkenswert ist, weil er zeigt, wie die UdSSR eine großangelegte Spionage auch in einem neutralen Lande betreibt, das durchaus nicht im Verdacht steht, etwas gegen die Sowjetunion unternehmen zu wollen.

Der Westen ist an der Aufblähung der sowjetischen Agententätigkeit im Auslande allerdings mitschuldig. Als der bolschewistische Chiffrierbeamte Gusenko im Herbst 1945 mit wichtigen Dokumenten, welche die Sowjetspionage im Westen bloßlegten, zu den Kanadiern überlief, wollte der kanadische Premier, King, nach Moskau reisen, um die Sache mit Stalin zu besprechen! Er erklärte später vor dem Parlament: «Nach dem, was ich über Ministerpräsident Stalin weiß und von ihm gehört habe, bin ich sicher, daß der Führer Rußlands ein solches Vorgehen den Botschaften seines Staates weder gestatten noch ihnen nachsehen würde[17].» Wie der Osten im Mißtrauen, ist der Westen in seiner Naivität schwer zu übertreffen.

Eine weitere Eigentümlichkeit des sowjetischen Mißtrauens besteht in seiner Übertragung auf die kommunistischen Satelliten, die von Agenten Moskaus, meist in Form von «Beratern», überschwemmt sind.

Natürlich nehmen die Bolschewisten an, daß die Westmächte, gleich ihnen, überall ihre Spitzel, Zuträger und Spione haben. Wenn es Moskau gelang, einen Sorge in den Kreis höchster japanischer Beamten und einen Hiß in die nächste Umgebung des amerikanischen Präsidenten einzuführen, weshalb sollten die Regierungen der freien Welt nicht dasselbe versuchen?

Das Resultat sind zahllose Verhaftungen und Prozesse, über die wir gewöhnlich etwas erfahren, wenn es sich um Dinge in der Ostzone handelt, selten aber etwas hören, wenn es sich um Vorkommnisse in anderen Satellitenstaaten handelt. Über Spionageaffären in der Sowjetunion selbst wird Schweigen bewahrt, es sei denn, der Kreml wünsche, daß sie bekannt werden. Hier gilt das Wort des Gesandten Napoleons in Warschau, Abbé de Pradt, der 1823 schrieb: «Auf der anderen Seite der Weichsel fällt ein Vorhang nieder, und es ist äußerst schwierig, deutlich festzu-

stellen, was sich innerhalb des Russischen Reiches abspielt[18].»

Es ist kein Wunder, daß bis jetzt alle Abrüstungskonferenzen an der Frage einer wirksamen Kontrolle gescheitert sind. Es scheint, daß Moskau zur Zeit — aus wirtschaftlichen Gründen — tatsächlich für eine Abrüstung eingenommen ist, jedoch einer Überwachung aus Furcht vor westlicher Spionage nicht zustimmt. Diese erscheint ihnen so selbstverständlich wie ihre eigenen Unternehmen in der ganzen Welt. Im übrigen gilt für die Bolschewisten auch heute noch das Wort Lenins, der erklärte, Abrüstung sei erst möglich, «wenn das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat... auf keinen Fall vorher[19]».

Eine weitere Grundlage des sowjetischen Mißtrauens bilden die den Machthabern im Kreml durch ihre ausländischen Vertreter und Agenten übermittelten Daten und Beobachtungen aus der freien Welt. Diese pflegen aus zwei Gründen wenig objektiv zu sein.

Die Berichterstatter sind überzeugte Kommunisten und den Realitäten des Lebens gegenüber oft blind. Sie tragen eine weltanschaulich gefärbte Brille. Das ist nicht nur ihr Fehler, es ist der Fehler vieler politisch interessierter Menschen, und es tritt bei Fanatikern besonders kraß zutage. Die von ihnen beobachteten Tatsachen gehen durch das Filter der Weltanschauung, und aus den Fakten entsteht ein Zerrbild der Wirklichkeit. Es geht dem Bolschewismus, wie es dem Nationalsozialismus erging: Die getreuesten Anhänger im Auslande und überzeugtesten Eiferer unter den Agenten sind die unzuverläßigsten Berichterstatter. Auch hier findet sich vieles Gemeinsame mit der Zarenzeit[20].

Dazu kommt folgendes: Viele dieser Leute wollen um ihrer Karriere willen, aus materiellen oder andern Gründen bei ihren Vorgesetzten lieb Kind sein. Besonders in den Diktaturen hören die Obrigkeiten gern, was sie hören möchten. Bei Hitler führten Informationen dieses Schlages (England sei demoralisiert und würde nie zu Gunsten Polens gegen das Dritte Reich zu Felde ziehen) zu einer falschen Einschätzung Englands und daher zum Kriege. Die Durchsicht der in westliche Hände gefallenen Berichte der Auslandstschekisten «erweckt den Eindruck, daß der Schreiber oft ebenso sehr darauf aus ist, sich selbst in ein gutes Licht zu rücken wie Moskau eine Nachricht zukommen zu lassen[21]». Wie nötig, ja, wie lebenswichtig das für einen Berichterstatter manchmal sein kann, zeigt das Schicksal hoher Beamter in der Sowjetunion. Nach dem Krieg wurde eine Volkszählung in der UdSSR durchgeführt. «Das Ergebnis soll so unerwartet gewesen sein, daß man jedenfalls seine Veröffentlichung zunächst nicht wagte, den Leiter der Wahlaktion der Sabotage anklagte und erschoß[22].» Hierbei mögen viele Gründe mitgespielt haben, einer der Gründe war jedenfalls die dem Kreml vorgetragene unbequeme Wahrheit. Vielen dürfte noch der Fall von Professor Vargas, des wirtschaftlichen Beraters Stalins, in Erinnerung sein, der bald nach dem Krieg wegen seiner positiven Prognose der kapitalistischen Wirtschaft in Ungnade fiel, 1949 allerdings rehabilitiert wurde.

Berichte bolschewistischer Vertrauensmänner werden deshalb mit Rücksicht auf die Person des Empfängers oft frisiert. Dallin berichtet ausführlich über Nachrichten, die während des Zweiten Weltkrieges von sowjetischen Agenten aus dem Westen nach Moskau durchgegeben wurden. Sie versuchten «ihre Chefs zufriedenzustellen und witterten überall antisowjetische Intrigen der ‚imperialistischen' Alliierten[23]». So meldete am 24. August 1943 ein wichtiger Agent in einem Funkspruch nach Moskau, General Falkenhorst in Norwegen werde «Norwegen den Alliierten öffnen», um einen sowjetischen Einbruch in Ost- und Mitteleuropa zu verhindern[23]. Ein in Verdacht geratener, für die Sowjets wichtiger Agent wurde nach Moskau gebracht und dort unablässig verhört. Später gelang es ihm, zu fliehen. Über seine Vernehmungen bei der Tscheka berichtete er unter anderem: «Es war am vernünftigsten, jede Maßnahme der Alliierten als einen gegen die Sowjetunion gerichteten Schritt zu interpretieren. Wenn zum Beispiel Stalin einen englischen Wagen geschenkt erhielt, so kommentierte ich, die dahinter verborgene Absicht sei, Stalins Wagen leicht kenntlich zu machen, um ihn, wenn nötig, in die Luft sprengen zu können[24].»

Solchen unsinnigen Behauptungen und Nachrichten wird Glauben geschenkt, und es ist kein Wunder, daß der Argwohn gegen den Westen nicht abnimmt. Selbst der im Westen genossene Anschauungsunterricht mancher Machthaber scheint sie von ihren Wahnvorstellungen über den «dekadenten» und «reaktionären» Westen nicht befreien zu können. Die marxistische Erziehung gebietet ihnen, anzunehmen, daß die in der freien Welt herrschende Ordnung nichts taugt und dem Allheilmittel des russischen Bolschewismus eine «widerwärtige Pseudodemokratie» des Westens gegenüber stehe. Möglicherweise ist die junge Intelligenz im Osten aufgeschlossener, und es besteht vielleicht die Möglichkeit, mit Hilfe der Jugend die Herrscher aufzuklären; der umgekehrte Fall ist hoffnungslos.

Mangelnde Kenntnisse bei turmhohen Vorurteilen bilden überhaupt den wichtigsten Grund des sowjetischen Mißtrauens gegenüber der freien Welt.

Schließlich sei auf eine besondere Art des östlichen Argwohns hingewiesen: das gespielte Mißtrauen. Russen sind vorzügliche Schauspieler, auch in der Politik. Ihre Diplomaten und Politiker haben es oft verstanden, die andern über ihre wahren Absichten und Ziele im Dunkeln zu lassen. Chruschtschew selbst war ein Musterbeispiel[25]. Er spielte den zornigen oder nachgiebigen, den höhnenden oder freundlichen, den witzigen oder sturen Herrscher und ging jedesmal so vollständig in seiner Rolle auf, daß man sich fragte, wo der Kreml aufhörte und das Theater begann. Das ging so weit, daß in Moskau akkreditierte Diplomaten die Vermutung ausgesprochen haben, mit dem damaligen sowjetischen Machthaber seien die Dinge in gewisser Hinsicht nicht ganz in Ordnung.

Die Bolschewisten decken sich mit dem Mantel des Mißtrauens zu ihrer eigenen Maskierung und zur Ablenkung der Aufmerksamkeit auf andere. In unseren Tagen ist die «Kriegshetze» der Bundesrepublik und ihr «revanchelüsterner Militarismus» ein beliebtes Thema. Kein Mensch mit normalem Verstand nimmt heute an, daß Westdeutschland es auf einen Krieg mit dem Osten ankommen lassen will. Die Sowjetpolitiker, die das zu glauben vorgeben und sich dadurch ein politisches Armutszeugnis ausstellen, überschätzen die Zahl der Naiven im Westen. Einige Zeitgenossen, auch Deutsche, fassen allerdings dieses — gespielte — Mißtrauen der sowjetischen Führer, das nur den Westen entzweien und dem Kreml ein ihm genehmes Verhandlungsklima schaffen will, tatsächlich als Furcht vor den Deutschen auf!

Was den deutschen Militarismus betrifft, haben bolschewistische Politiker sich öfters über ihn ausgelassen. Chruschtschew verstieg sich 1959 in Dnjepropetrowsk zu der Behauptung, daß die Sowjets vor den «deutschen Militaristen und Revanchisten», die den Krieg wollten, keine Angst hätten, denn «ein starker Mann fürchtet sich nicht vor einem tollen Hunde». Malenkow sagte einmal: «In den letzten dreißig Jahren... entfesselte Deutschland... zuerst den Ersten Weltkrieg, dann den Zweiten Weltkrieg[26].» In der Frage der Schuld am Ersten Weltkrieg sind freilich die Meinungen geteilt. Zar Nikolai II. war bestrebt, Rußland nicht die Freiheit, wohl aber Konstantinopel zu geben. Das war eine der wichtigsten Ursachen des Ersten Weltkrieges. Der ehemalige italienische Ministerpräsident und Gegner Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Nitti, schreibt in seinem «L'Europa senza pace»: «Wenn die diplomatischen Dokumente des Krieges einmal sorgsam geprüft werden und die dazwischenliegende Zeit uns erlauben wird, sie in Ruhe zu beurteilen, wird man sehen, daß Rußlands Haltung die tiefste Ursache des Konfliktes war[27].» Dieser Meinung sind viele. Die roten Zaren vergessen ferner mit eiserner Konsequenz ihre eigenen Überfälle auf Polen, Estland, Lettland, Litauen und so weiter. Wegen ihrem Überfall auf Finnland am 30. November 1939 wurden die Sowjets sogar am 14. Dezember 1939 aus dem Völkerbund ausgeschlossen!

Was die Revanche betrifft, hat die UdSSR am wenigsten Ursache, sie anderen vorzuwerfen. In seiner Proklamation nach der Niederwerfung Japans 1945 erinnerte Stalin an den japanischen Sieg über Rußland im Krieg von 1904/05 und sagte: «Die Nieder-

lage der russischen Truppen im Jahre 1905 im russisch-japanischen Krieg hinterließ in unserem Volk bittere Erinnerungen. Sie lag wie ein Schandfleck auf unserem Lande. Unser Volk wartete mit Zuversicht auf den Tag, an dem Japan geschlagen und der Schandfleck ausgetilgt sein würde. Vierzig Jahre haben wir, die ältere Generation, auf diesen Tag gewartet. Nun ist er gekommen. Heute hat Japan seine Niederlage zugegeben und die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet[28].» Vielleicht erfinden die sowjetischen Völkerrechtler zur Rechtfertigung Stalins und der sowjetischen Führung die Begriffe einer «gerechten» und einer «ungerechten» Revanche, wie sie vom «gerechten» und «ungerechten» Kriege sprechen.

Das gespielte Mißtrauen, in das sich die Bolschewisten manchmal geradezu verlieben, kann natürlich auf politisch-diplomatischem und propagandistischem Wege bekämpft werden — wenn man es will. Es ist nämlich nicht ausgeschlossen, daß den Sowjets von westlicher nichtkommunistischer Seite hin und wieder unter der Hand «Informationen» zugehen, die das Mißtrauen des Kremls gegenüber der Bundesrepublik stärken sollen. Was tut und unterläßt man nicht alles, um die wirtschaftliche und in Zukunft mögliche politische Bedeutung der Deutschen zu untergraben!

Kennzeichnend für das sowjetische Mißtrauen gegenüber dem Ausland ist schließlich das Bestreben des Kremls, es im eigenen Volk nie einschlafen zu lassen. Daher die immer wieder auftauchenden, meist unmotivierten und schwer begreiflichen bolschewistischen Propagandaangriffe gegenüber dem Westen. Das Volk in der UdSSR soll ständig in «Wachsamkeit» geübt, in Alarmbereitschaft gehalten werden, damit es im Ernstfall mitmacht.

Das Problem des sowjetischen Mißtrauens ist keine akademische Frage. Welche Folgen es mit sich bringt, zeigen innenpolitisch die Deportationen und tschekistischen Regierungsmethoden der Stalinära, außenpolitisch beispielsweise die Schritte des Kremls, die den Ausbruch des letzten Weltkrieges begünstigten, vor allem der unglückselige Ribbentrop-Molotow-Pakt. Stalin schloß ihn ab, um die «kapitalistischen» Großmächte in einen Krieg zu verwickeln und ihn von der UdSSR fernzuhalten. Seine Absichten gründeten sich zum Teil auf theoretische Erwägungen des Marxismus, zum Teil auf Äußerungen westlicher Politiker von einem wünschenswerten Kampf zwischen Deutschland und Rußland (siehe oben), ein Wunsch, den übrigens Hitler so ernst nahm, daß er mit ihm als einem wichtigen Faktor rechnete, als er den Krieg gegen Polen begann und glaubte, der Westen würde ihn gewähren lassen. Daran ändert die Tatsache nichts, daß es dem Westen jetzt besser in den Kram paßt, Hitlers Polenkrieg als Vorkrieg gegen England denn als Etappe zum Rußlandkrieg zu betrachten.

Gibt es kein Mittel, das sowjetische Mißtrauen zu beheben? Jeder Mensch ist mißtrauisch, der eine mehr, der andere weniger; viel hängt von seinen Erfahrungen, viel von seiner eigenen Lebensführung ab. Solange der Einzelmensch sich so verhält, werden es auch die Völker und ihre Regierungen tun. Die Frage ist jedoch, ob das übermäßig stark entwickelte Mißtrauen der Sowjets nicht abgebaut werden kann. Dies wird kaum möglich sein, solange der Weltkommunismus ihr Ziel bleibt, dessen natürlicher Feind die freie — von den Bolschewisten als kapitalistisch bezeichnete — Welt ist. Der Weltkommunismus ist die äußere Hülle, die den russischen Messianismus — und Imperialismus als Mittel zur Verbreitung der Heilslehre — verdeckt. Dieser Messianismus seinerseits ist die Folge des armseligen Daseins, das die Russen durch die Jahrhunderte haben führen müssen, unter dem tatarischen wie unter dem Stalinschen Joch. Ihre jeweiligen Herrscher sprechen ihnen von der angeblichen Fronexistenz anderer Völker, um ihnen die eigene Lage erträglicher erscheinen zu lassen. Sollte eine Zeit kommen, in der man die Russen nicht mehr mit Zukunftshoffnungen trösten muß, wird die eigene Misere und der Wunsch, andere glücklich zu machen, vergessen sein. Vielleicht wird dann auch das politische Mißtrauen schwinden.

Oskar Angelus

[1] Vgl. B. Meißner, Rußland, die Westmächte und Deutschland, Hamburg 1954, S. 339; W. Leonhard, Kreml ohne Stalin, Köln 1959, S. 8, 12. [2] Zitiert nach V. Marcu, Lenin, Leipzig 1927, S. 272. [3] H. v. Eckardt, Iwan der Schreckliche, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1947, S. 267. [4] S. Collins, Moskovitische Denkwürdigkeiten, übersetzt und herausgegeben von W. Graf, Leipzig 1929, S. 59. [5] Fürst P. Krapotkin, Memoiren eines Revolutionärs, 10. Aufl., Bd. 1, Stuttgart 1921, S. 193, 216, Bd. 2, Stuttgart 1922, S. 35, 281. [6] G. Bessedowsky, Den Klauen der Tscheka entronnen, Leipzig-Zürich 1930, S. 58. [7] K. Mehnert, Der Sowjetmensch, Stuttgart 1958, S. 62. [8] H. Fiedler, Der sowjetische Neutralitätsbegriff in Theorie und Praxis, Köln 1959, S. 130. [9] D. Varè, Daniel in der Diplomatengrube («The Two Impostors»), Hamburg 1958, S. 213. [10] W. H. Chamberlin, America's Second Crusade, Chicago 1950, S. 122. [11] E. Hughes, Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch («Winston Churchill/British Bulldog»), Tübingen 1959, S. 224. [12] Vgl. M. Boveri, Der Verrat im 20. Jahrhundert IV, Reinbek bei Hamburg 1960, S. 61. [13] K. Stählin, Geschichte Rußlands von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bd. 3, Berlin-Leipzig 1923—39, S. 375. [14] Zitiert nach K. Leuthner, Russischer Volksimperialismus, Berlin 1915, S. 12. [15] Vgl. N. Chruschtschew, Der Imperialismus ist der Feind der Völker und des Friedens, Moskau 1963. [16] Ausgezeichnetes Material zu dieser Frage bei D. J. Dallin, Die Sowjetspionage («Soviet Espionage»), Köln 1956. [17] D. J. Dallin, S. 337—353. [18] Zitiert nach D. Friede, Das russische Perpetuum mobile, Würzburg 1959, S. 9. [19] Zitiert nach Ch. Bowles, Der große Friede («The New Dimensions of Peace»), Köln 1957, S. 96. [20] Vgl. Fürst P. Krapotkin, Bd. 2, S. 298, 336f. [21] E. H. Cookridge, Zentrale Moskau («Soviet Spy Net»), Hannover 1956, S. 194f. [22] W. Starlinger, Grenzen der Sowjetmacht, Würzburg 1955, S. 73. [23] D. J. Dallin, S. 583f., mit vielen weiteren Beispielen. [24] D. J. Dallin, S. 272. [25] Derselben Meinung ist A. Harriman, der ihn gut kennt, in «Frieden mit Rußland?» («Peace with Russia?»), Frankfurt a. M. 1959, S. 20. [26] Zitiert nach B. Meißner, S. 219. [27] F. Nitti, Det fredlösa Europa («L'Europa senza pace»), Stockholm 1922, S. 67f. und 19. [28] J. Stalin, Sovjetunionens stora fosterländska krig, Moskau 1954, S. 198.